

Deutschland und Frankreich. Die Verwelschungsmaßnahmen im besetzten Gebiet gescheitert.

Berlin, 22. Okt. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ aus Frankfurt a. M. meldet, kann der Versuch der französischen Verwaltung, in den besetzten Gebieten den französischen Sprachunterricht einzuführen, als endgültig gescheitert angesehen werden. An zahlreichen Orten mußte der Unterricht wegen Mangels an Beteiligung eingestellt werden.

Eine französische Erklärung über die Kohlenvorräte in Frankreich und Deutschland.

Paris, 21. Okt. Eine Havas-Note erklärt, daß die Mitteilungen in der deutschen Presse, daß Frankreich Ueberfluß an Kohlen habe, Deutschland aber Mangel an Kohlen leide, auf falschen Berechnungen beruhen. In dieser Havas-Note wird ferner behauptet, daß der von der deutschen Regierung angegebene Grund für das teilweise Feiern der Fabriken infolge Kohlenmangels nicht der wahre Grund für diese Einschränkung sei. Vielmehr sei dies darth zu suchen, daß die deutschen Löhne zu einer Zeit festgesetzt worden seien, wo die deutsche Währung auf ihrem Tiefstand angekommen war. Inzwischen sei aber die deutsche Mark wieder gestiegen. Dies habe für die deutsche Industrie große Erschwerungen. Außerdem sei die deutsche Industrie durch noch bestehende Ein- und Ausfuhrbestimmungen sehr gehemmt. Andererseits sei die Versorgung Frankreichs mit Kohlen bei weitem nicht so günstig, wie es die deutsche Regierung darstelle. Der Vorrat der Eisenbahnen Frankreichs im September 1913 habe für zwei Monate gereicht. Zur Zeit aber sei nur ein Vorrat vorhanden, der für 28 Tage ausreiche. Der Vorrat für die Gasversorgung von Paris habe am 30. September 1913 300 000 Tonnen betragen, während gegenwärtig nur ein Vorrat von 160 000 Tonnen vorhanden sei, aber nicht 900 000 Tonnen, wie von deutscher Seite behauptet werde. In den ersten sechs Monaten 1920 sei die Kohlenlieferung von Paris mit 78 Prozent, von Berlin aber mit 91 Prozent gedeckt gewesen. Der gegenwärtige Vorrat der Stadt Paris belaufe sich auf nur 150 000 Tonnen und dieser Vorrat reiche nur für 15 Tage bei einer Zuteilung von drei Vierteln des täglichen Bedarfs. Die Landwirtschaft verfüge gegenwärtig über 370 000 Tonnen Kohlen. Dieses Quantum stelle aber keine Reserve dar, sondern reiche gerade für den Ausbruch usw. Das für die Landwirtschaft benötigte Quantum betrage 480 000 Tonnen, wovon bisher nur 245 000 Tonnen vorhanden seien. Heute sei für die Landwirtschaft nicht nur kein Vorrat an Kohlen vorhanden, sondern die wirklich gelieferte Menge reiche nicht einmal aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken.

Anmerkung des W.B.: Demgegenüber seien die Worte des Ministers Le Trocqueur aus dem „Petit Parisien“ vom 8. September ds. Js. zitiert: Ich habe nicht alle Ziffern gegenwärtig, aber ich kann Ihnen sagen, daß, was die Eisenbahn anbetrifft, der Vorrat, der im Januar nur 180 000 Tonnen betrug, was kaum für sechs Tage ausreichte, sich heute auf 800 000 Tonnen, d. h. die normale Vorkriegsziffer, beläuft. Der Vorrat der Gasanstalten von Paris, der im Laufe des Jahres 1919 niemals 25 000 Tonnen überstiegen hatte, übersteigt heute 900 000 Tonnen. Der Vorrat der Seine-Präfektur beträgt ungefähr 150 000 Tonnen, während er sich im letzten Jahr zur gleichen Zeit auf kaum 50 000 Tonnen belief. Der Vorrat der Gasanstalten der Sororte hat sich verdoppelt, der der Elektrizitätswerke ist von 15 000 auf 60 000 Tonnen gestiegen. Ich kann endlich hinzufügen, daß uns die Wiederanlage der Vorräte nicht gehindert hat, die dringlichen Bedürfnisse zu befriedigen. So sind an Druschkohlen 330 000 Tonnen geliefert worden. Das sind, so schloß der Minister, einige Ziffern, die das Vertrauen rechtfertigen, mit dem ich die Zukunft betrachte. — Daß wir in Berlin im vorigen Winter mit 91 Prozent Kohlen beliefert waren, wird niemand glauben, der selbst erfahren hat, wie wir gefahren haben.

Der Kohlenüberfluß in Frankreich.

Die „Information“ teilt mit: Die Seinepräfektur hat für jeden Kohlenverbraucher die bisher zustehende Menge verdoppelt. Die Preise wurden ganz erheblich herabgesetzt und betragen mit Wirkung vom 1. Oktober ab: Rußkohle 270 Fr. (bisher 295 Fr.), Braunkohlenbriketts 190 Fr. (bisher 205 Fr.). Für Sammelheizungen gelten folgende Preise: Förderkohle 340 Fr. (bisher 400 Fr.), Rußkohle 340 Fr. (bisher 425 Fr.), Braunkohlenbriketts 250 Fr. (bisher 335 Fr.), Anthrazit 390 Fr. (bisher 450 Fr.). — Diese Verbilligung ist nur deshalb möglich, weil Deutschland auf Grund des

Friedensvertrags jeden Monat große Mengen Kohlen zum deutschen Inlandspreise auf Kosten der deutschen Versorgung liefern muß.

Deutschland muß zahlen!

Paris, 21. Okt. Finanzminister Marjal hielt anlässlich der Eröffnung der Zeichnung einer neuen Anleihe in Straßburg eine Rede, in der er u. a. sagte, man könne sicher sein, daß die französische Regierung niemals von der Schuld, die sie in Händen habe und die die größten Mächte der Welt feierlich verurteilt hätten, etwas nachlassen werde. Deutschland werde zahlen, weil es zahlen könne, wie immer auch seine inneren Budgets ständen und der Stand der Mark sei. Durch eine Finanzkrise, wie groß sie auch sei, könne die Produktionskraft eines Landes nicht vernichtet werden. Deutschland werde immer über beträchtliche Bodenschätze und über Reichtümer, die der Krieg nicht zerstört habe, verfügen. Es habe besonders seine Kohlen, Holz und Kali. Seine Arbeitskräfte seien weniger mitgenommen, als die französischen.

Zu diesen Ausführungen wird in der „Deutschen Allg. Ztg.“ bemerkt: Der Nachweis, daß Deutschland durch den Friedensvertrag wirtschaftlich so schwer gelitten hat, daß es nicht in der Lage ist, jede noch so hohe Wiedergutmachungsschuld zu bezahlen, ist zur Genüge geführt worden.

Ein französisches Dementi.

Paris, 22. Okt. Eine Meldung auswärtiger Blätter besagt, daß nach einer offiziellen Meldung der Agence Havas Frankreich bei der Genfer Konferenz für die Regelung des Zahlungsmodus, aber nicht für eine Zusammenkunft mit den Deutschen zu Verhandlungen und zur Festsetzung der Entschädigungssumme sei. Die Agence Havas stellt fest, daß sie weder eine solche, noch eine ähnliche Meldung ausgegeben habe.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 22. Okt. (Havas.) Mit Ausnahme von Südwales, wo die Bergleute zum Streik bis zum äußersten entschlossen sind, ist man allgemein in dem Kohlenbecken der Ansicht, daß eine friedliche Beilegung des Konflikts noch möglich ist. Aus Süd-Gumberland und aus dem Becken von Durham werden Pländerungen gemeldet.

Glasgow, 22. Okt. (Havas.) Die Führer der Bergleute verschiedener Ortschaften sind nach London berufen worden. Es ist möglich, daß im Laufe des Tages in der Hauptstadt eine Konferenz stattfinden wird.

London, 21. Okt. (Havas.) Die Regierung ist bereit, mit den Bergarbeitern erneut in Verhandlungen zu treten, sofern diese grundsätzlich damit einverstanden sind, daß eine Lohnerhöhung von der Zunahme der Produktion abhängig gemacht wird.

(W.B.) London, 21. Okt. Als Folge des Bergarbeiterstreiks werden neue Änderungen in den Transporten zwischen England und Frankreich angekündigt. Auf der Linie Southampton—St. Marc wird der Verkehr heute eingestellt. Die Linie Southampton—Le Havre wird am Samstag unterbrochen.

Beschluss der Eisenbahner zum Sympathiestreik.

London, 21. Okt. Die Delegierten der Eisenbahner haben Donnerstag morgen eine Zusammenkunft abgehalten. Der Präsident der Eisenbahnergewerkschaft, Thomas, gab gegen Mittag bekannt, daß die Frage eines Sympathiestreiks mit den Bergleuten geprüft worden sei. Er fügte noch hinzu, die Lage könne gefährlich werden. Unverzüglich müßten Anstrengungen zur Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Bergleuten und der Regierung gemacht werden. „Manchester Guardian“ meldet hierzu ergänzend, die Eisenbahner hätten Vorschläge erörtert, die auf eine sofortige Streik-erklärung für Donnerstag Mitternacht abzielten. Die Delegierten der Eisenbahner hätten den Eindruck, daß, falls dieser Streik erklärt werde, der größte Teil der Eisenbahner ihm nicht Folge leisten werde.

London, 22. Okt. Die Konferenz der Eisenbahner hat beschlossen, am Sonntag um Mitternacht in den Streik zu treten, wenn nicht vorher die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Bergarbeitern wieder aufgenommen werden.

Auch die Transportarbeiter

drohen mit Sympathiestreik. Paris, 21. Okt. Nach einer Privatmeldung des „Journal des Debats“ aus London von heute Nachmittag 3 Uhr hat sich die Streiklage plötzlich verschärft. Die Delegierten der Trade

Unions hätten der Regierung erklärt, wenn sie innerhalb 24 Stunden die Forderungen der Bergleute nicht befriedige, werde der Generalstreik sämtlicher Korporationen erklärt.

Der Krieg im Osten.

Der russische Bericht.

(W.B.) Moskau, 21. Okt. (Durch Funkpruch.) Im Operationsgebiet der russischen Sowjetrepublik vom 18. Oktober heißt es: Im Abschnitt Polock wird der Rückzug unserer Truppen zur Landesgrenze fortgesetzt. Wir haben Winsk besetzt, das von den polnischen Truppen geräumt worden ist. Westlich von Sluzk gehen unsere Abteilungen unter dem Druck des Feindes auf neue Stellungen zurück. In der Polosze wurden wir gezwungen, auf neue Stellungen zurückzugehen. In Richtung Sarny warfen wir den Feind zurück. In Richtung Schepetowka greift der Feind auf einer Linie von 60 Werst an. Von Rogatschew bis Miropol und im ganzen Abschnitt Letitschew heftige Kämpfe mit wechselndem Erfolg. Im Abschnitt der Bahnlinie Alexandrowsk—Sienelnikowo haben wir feindliche Truppenteile zurückgeschlagen, die die Station Nowta angriffen. Im Abschnitt Cherson besetzten wir die Stadt Meljchi.

Ein russisches Ultimatum an die armenische Regierung.

Paris, 22. Okt. (Havas.) Nach einer von den Abendblättern veröffentlichten Meldung aus Konstantinopel soll der Delegierte der Sowjets von Iwan ein Ultimatum an die armenische Regierung gerichtet haben. Er verlange vor allem das Verfügungsrecht über die Eisenbahnen zum Transport kemalistischer und russischer Truppen, ferner die Aufkündigung des Friedensvertrags von Sevres und eine neue Festlegung der armenischen Grenze im Einverständnis mit Rußland. Die armenische Regierung habe dieses Angebot abgelehnt.

Die Zustände in Rußland.

(W.B.) Kopenhagen, 21. Okt. „B. Tidende“ meldet aus Helsingfors: Der Petersburger Zeitung „Sowodnja“ zufolge hat eine große Anzahl bolschewistischer Kommissare in letzter Zeit Rußland verlassen, um die von ihnen geraubten Kostbarkeiten in Sicherheit zu bringen. — Der revolutionäre Gerichtshof in Nishnij-Nowgorod hat 14 Personen als Gegenrevolutionäre zum Tode verurteilt. — In Archangelsk wurden 16 Personen durch Erschießen hingerichtet, weil sie das Getreidelager der Sowjetregierung in Brand steckten. Die russischen Fischereigebiete im fernen Osten befinden sich jetzt sämtlich in japanischer Hand. Die Japaner haben ihren ganzen Einfluß auf das Amurgebiet ausgedehnt und sogar auf die abseits gelegenen Fjorde der Kamtschatka-Halbinsel.

(W.B.) Stockholm, 21. Okt. „So. Dagbladet“ meldet aus Helsingfors: Aus Furcht vor Hungerunruhen hat die Sowjetregierung über 13 Bezirke in Sowjetrußland den Belagerungszustand erklärt, darunter die Bezirke Petersburg, Moskau, Nishnij-Nowgorod und Smolensk.

Ausland.

Die „Freie Stadt“ Danzig.

Danzig, 21. Okt. Nach einem Telegramm des Sonderberichterstatters der „Danziger Neuesten Nachrichten“ in Paris soll die Unterzeichnung der Konvention zwischen Polen und Danzig am Sonnabend nachmittag erfolgen. Im Anschluß daran soll die Proklamation Danzigs als Freie Stadt erfolgen. Durch die Erklärung wurden mit dem Augenblick der Unterzeichnung Danzig seine Rechte gegeben und diese Rechte in Kraft gesetzt. Die Proklamation werde demnach in Paris erfolgen. Sie solle durch Jules Cambon vollzogen werden. Sir Reginald Lomer werde weder die Proklamation vollziehen, noch nach Danzig kommen, um seinen Posten einem neuen Oberkommissar zu übergeben. An dem jetzigen Entwurf der Danziger Verfassung sollen noch einige Änderungen vorgenommen werden, u. a. soll das Wort „Hansestadt“ in Wegfall kommen. — Natürlich, das erinnert die Entente an die Deutsche Hanse.

Das deutsche Flugwesen unter der Kontrolle der Entente.

Berlin, 22. Okt. Wie die Blätter aus Wien melden, sind die drei Kumpfer-Flugzeuge, mit denen die erste Flugzeug-Verbindung München—Wien aufgenommen werden sollte, nach ihrer Landung in Wien von der Entente-Kommission beschlagnahmt worden mit der Begründung, daß laut Friedensvertrag Flüge in Oesterreich von der Geneh-

prozentual gleicher
von 17,40 M. Bei
sicher nicht be-
t aber, daß aus
rund 46 Mil-
tschaften wurden.
s für die Besitzer
transportgewerbe,
eiche Quelle des
erbe.
enn der Dichter
s sichere Quelle,
wächst er heran,
den es richten,
rühmen bereinigt.
t mann, Calw.
Druckerei, Calw.
ung.
Freunde und
den 23. Okt.
Feier
ler freundlichst
reiner, hier.
er, hier.
erer Einladung
ung.
nde, Freunde
amstag, den
Feier
Sommerhardt
bt.
idermeister
idernmeister
vestein.
Einladung ent-
hnungs-
ausch.
merwohnung nebst
in Hirsau, gegen
immerwohnung in
zu tauschen gesucht.
es durch die Ge-
lle des Blattes.
uppen
Reparatur
bis Ende Oktober
men.
m=Valcolmo.
gebrauchten
s her d
t zu kaufen.
es bei
meister Kirchherr.
8 Monate alten
Ziegen-
bock
ht geeignet, verkauft.
agt die Geschäfts-
efes Blattes.
Gute
Legehühner
ucht zu kaufen
Hengstenberg,
, (Willa Hellgen).
olzstände
phenahren von Feld-
ist zu verkaufen.
agt die Geschäfts-
es Blattes.

mung der Entente-Aufsichtsbehörde abhängig seien und daß von der Entente-Kommission in Deutschland keine Mitteilung des Flugs in Wien eingelaufen sei. Es wird versucht, durch das Wiener Staatsamt für Verkehrswesen den Zwischenfall beizulegen.

Heizer- und Lokomotivführerstreik in Rumänien.

Bukarest, 22. Okt. Die Heizer und Lokomotivführer sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Kriegsminister hat die Einberufung aller noch im wehrpflichtigen Alter stehenden Ausständigen angeordnet und droht mit kriegsrechtlicher Verfolgung wegen Desertion für den Fall der Nichtbefolgung der Einberufung.

Deutschland.

Gegen die Auslieferung der Dieselmotoren.

Berlin, 22. Okt. Die Zentrumsfraktion hat laut „Deutscher Allg. Ztg.“ im Reichstag eine Anfrage eingebracht, in der auf die Gefahren für die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft hingewiesen wird, die durch die von der Entente verlangte Auslieferung der Dieselmotoren entstehen würden und in der die Regierung gefragt wird, welche Schritte sie zu unternehmen gedenke, um dieses dem Wortlaut und dem Geist des Versailles-Friedensvertrags widersprechende Verlangen abzuwehren.

Generalfreik in Bremen.

(WZB.) Bremen, 21. Okt. Die Forderung einer Lohnerhöhung der Staatsarbeiter ist heute vormittag vom Schlichtungsausschuß als zurzeit unbegründet abgelehnt worden. In einer großen Arbeiterversammlung wurde eine Erklärung abgegeben, nach der gemäß einem Beschluß der Betriebsobleute heute die gesamte industrielle Arbeiterschaft in den Generalfreik treten wird, wenn die Staatsarbeiter den Spruch des Schlichtungsausschusses mit Streit beantworten. In einem Betrieb wurde die Arbeit mit Hilfe von Kraftstrom, der durch die Technische Nothilfe hergestellt wird, abgelehnt. Die Forderung einer Kommission der Arbeiterschaft, die diese heute vormittag dem Senat überbrachte, die 12- bis 14 000 von der Betriebschließung betroffenen Arbeiter für den Lohnausfall zu entschädigen, ist unter Hinweis darauf, daß bei Wiedereintritt der streikenden Heizer die Arbeit überall sofort wieder aufgenommen werden könne, abgelehnt worden. Die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt.

Gewalttätige Einwirkung auf die Gestaltung der Kartoffelpreise.

Berlin, 22. Okt. In Ludwigshafen sind in den letzten Tagen mehrere tausend Arbeiter auf die pfälzischen Dörfer hinausgezogen, um die Kartoffelpreise gewalttätig herabzusetzen. In Oggersheim wurden Scheunen erbrochen und die Kartoffelvorräte geraubt.

Maßnahmen zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion.

Berlin, 22. Okt. Laut „Voss. Zeitung“ wurde im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Landwirtschaft, Industrie und Technik ins Leben gerufen, die eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion unter Nützbarmachung aller technischen und industriellen Hilfsmittel zum Ziele hat. Der die begründende Sitzung leitende Reichsminister Dr. Hermes betonte, daß die Arbeitsgemeinschaft dem Ministerium beratend zur Seite stehen soll.

Der Riesenbetrug mit Ein- und Ausfuhrscheinen.

Berlin, 22. Okt. Die Millionenbetrügereien des Gerichtsassessors a. D. Böhm er übersteigen, dem „Achtuhrahendblatt“ zufolge, schon jetzt den Betrag von 55 Millionen M und es ist anzunehmen, daß noch weitere betrügerische Machenschaften an das Tageslicht kommen.

Schneefall im Riesengebirge.

Hirschberg i. S., 20. Okt. Im ganzen Riesengebirge ist starker Schneefall bis zur Höhe von 1200 Meter herunter eingetreten.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Oktober 1920.

Lebensregel.

Das ist die rechte Regel,
Der Dinge rechter Lauf;
Der eine schiebt die Regel,
Der andre stellt sie auf.

F. Sch. H.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand gestern nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Die Einbauten in das seitens der Stadt erworbene Haus des verstorbenen Medizinalrats Müller sollen günstigsten Falls einen Aufwand von 67 500 M. erfordern; im 2. Geschos soll eine Küche und Abortanlage eingebaut werden, im Dachstock zwei Wohnungen, davon eine mit 3 Zimmern und Küche, die andere mit 2 Zimmern und Küche. Die Einbauten sollen womöglich noch vor Winter fertiggestellt werden. Der Aufwand wird durch Anlehensmittel aufgebracht. Auf die Anfrage von G. R. Baechle, ob die Arbeiten im öffentlichen Auftrage vergeben werden, erklärte der Vorsitzende, es werde mit den Innungen verhandelt. Die Arbeiten ohne weiteres den Innungen zu übergeben, ginge nicht an, denn die Innungspreise seien oft so hoch, daß man nicht bauen könnte. Es seien beim Stadtschultheißenamt schon vielfach Beschwerden von Meistern erhoben worden, weil diese den Kunden die hohen Innungspreise nicht anrechnen könnten. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß es sicherlich im Interesse der Handwerker sei, wenn man mit ihnen selbständig verhandle; natürlich wolle man das Handwerk nicht schädigen, aber wenn die Innungspreise zu hoch seien, dann würden keine Arbeiten mehr in Auftrag gegeben, und die Handwerker dann

Künftliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Würzbach ist erloschen. Die Spermaßregeln sind aufgehoben. Würzbach liegt nur noch im 15 Km. Umkreis.

Calw, den 20. Okt. 1920.

Oberamt: Gös.

erst recht geschädigt. — Dem Jakob Hennefarth im Lanneneck wurde zu dem Bauaufwand von 15 000 M. ein Baukostenzuschuß von 6000 M. bewilligt. — Die Gasbeleuchtung der Straßen soll mit der Zeit eingestellt werden und nach und nach durch elektrische Beleuchtung ersetzt werden. Das Kollegium genehmigte die Vorschläge zur Anbringung von elektrischen Lampen am Dekanat, — zwecks Beleuchtung der oberen Marktkasse und des Postgäßchens —, am Zwinger bei Reichmeister Feldweg Wwe., und in der Wegergasse beim Staffelaufgang zum Entenschnebel. Außerdem soll an der Einmündung der Hermannstraße zur Panoramastraße gegen die Brücke zu eine Lampe angebracht werden. Die weiteren Wünsche der Anwohner der Panoramastraße, am Kohlerischen Anwesen und an den 100 Staffeln eine Lampe anzubringen, konnten nicht berücksichtigt werden. — Einer Anregung von G. R. Georgi entsprechend, sollen für die städtische Feuerwehre alle Jahre 30 bis 40 Meter Schläuche angeschafft werden, weil die Schläuche durch Verwendung für städtische Zwecke sehr mitgenommen, und vielfach nicht sofort benutzbar sind. — Dem Antrag von Musikdirektor Franke, die Gebühren für das Tranerblasen bei zweimaligem Turmbblasen einschließlich Friedhofsmusik von 50 auf 60 Mark zu erhöhen, und die Friedhofsmusik von 24 auf 32 Mark, wurde stattgegeben. — Dem Deutschen Heimatbund zur Unterstützung der Posener Flüchtlinge wurden 50 Mark überwiesen. — Mit dem Gastwirt Weiß, der die Wirtschaftsräume der seitens der Stadt erworbenen Dreifachen Brauerei im Betrieb behalten hat, wurde ein Pachtvertrag abgeschlossen, wonach während der Dauer des Untertrichts der Landwirtschaftlichen Winterschule nur die seitherigen Gastzimmer mit Kegelbahn benützt werden dürfen. Von abends 7 Uhr ab kann der Saal zu größeren Veranstaltungen verwendet werden. — Einem Antrag des Stadtbauamts entsprechend sollen in dem erworbenen Kellergebäude der Zahnärztlichen Brauerei in der Stuttgarter Straße, in dem die genehmigte Dreizimmerwohnung eingebaut wird, der Rohbau und die Gipser- und Maurearbeiten ausgeführt werden. Das meiste Material dazu ist vorhanden. Die Höhe des Kostenaufschlags für den Einbau dieser Wohnung im Betrage von 54 500 M. gab dem Vorsitzenden Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die hohen Baukosten doch wieder dazu führen, Einbauten in Privathäuser in Aussicht zu nehmen. So habe ein Einbau bei den Hl. Zah n in der Uhlstraße nur 2000 M. gekostet. — G. R. May wünschte eine Statistik über die Maßnahmen der Stadt zur Linderung der Wohnungsnot, weil man dauernd dem Vorwurf ausgelegt sei, es werde zu wenig getan; es seien in einer Verammlung der Wohnungsuchenden Calus eine ganze Anzahl Wohnungen genannt worden, die frei gemacht oder hergerichtet werden könnten. Auch sollte man mehr nach den staatlichen Gebäuden sehen, in die ebenfalls noch Wohnungen eingebaut werden könnten. Der Vorsitzende zählte etwa 40 Wohnungen auf, die für Wohnungsuchende durch die Stadt vermittelt worden sind seit Kriegsende. Das sei für die Verhältnisse in unserer Stadt doch eine erhebliche Zahl, wenn man bedenke, daß hier schon vor dem Krieg immer Wohnungsmangel geherrscht habe. Außerdem sei zu beachten, daß bei der Bahn allein 250 Angestellte seien ohne die Beamten, daß das Versorgungsmittel jetzt 14 verheiratete Angestellte habe, und auch verschiedene Ehefrauen sich hier anständig gemacht hätten. — Eine sehr ausgedehnte Erörterung hatte eine Anfrage von G. R. May über ungerechte Fleischverteilung zur Folge. Es wurde behauptet, daß die Buchstaben A und S bei der Schweinefleischabgabe überschritten worden seien. Der Vorsitzende stellte an Hand der Anzeigen des „Calwer Tagblatts“ fest, daß die Buchstaben nicht übergangen worden seien, wogegen G. R. Scholl behauptete, daß die Anzeigen wohl erfolgt seien, daß aber die Leute kein Fleisch erhalten hätten. Der Vorsitzende bemerkte demgegenüber, die Betroffenen hätten sich dann doch sofort beschweren sollen. Die Bedenken, die gegen den Verkauf von Büchsenfleisch in größerer Menge geltend gemacht wurden, zerstreute der Vorsitzende mit der Erklärung, daß Büchsenfleisch genug vorhanden sei, und daß man mit dem Verkauf auf die sonstigen Fleischpreise vielleicht einwirken könne.

Steigender Kauf deutscher Papiergarnzeugnisse im Ausland.

In einem Bericht des Verbandes Deutscher Papiergarnindustrieller für die Monate August und September wird ausgeführt:

Eine ganz bedeutende Besserung erfuhr das Ausfuhrgeschäft der Papiergarnindustrie infolge der ständig wachsenden Nachfrage nach Papiergarnzeugnissen im Ausland. Die hohen Preise, die überall in den überseeischen Ländern für Textil-erzeugnisse bezahlt werden müssen, haben dort in wachsendem Umfange die Aufmerksamkeit auf die infolge der Valuta außerordentlich preiswerten Papiergarnzeugnisse gelenkt. Das Ausland fragt besonders nach Papiergarnzeugnissen, die dort als Fabrikkleidung verwendet werden, und die in Amerika einen Preis von 60 bis 90 Cts. (gleich etwa 90 bis 140 M.) erzielen. Ferner werden im Ausland benötigt Papiergarn- und Papiermischgarnstoffe, Papiergarnstoffe für Konfektion u. Papiergarnbekleidungsstoffe. In diesen Erzeugnissen häufen sich in letzter Zeit die Anfragen besonders amerikanischer Interessenten, da die Vereinigten Staaten durch eine Propaganda der billigen deutschen Papiererzeugnisse einen entsprechenden Druck auf die dortigen Textilpreise ausüben wollen. Bemerkenswert für die offizielle Unterstützung der deutschen Papiergarnzeugnisse durch die amerikanischen Behörden ist, daß das Department of Foreign and Domestic Commerce selbst eine Ausstellung deutscher Papiergarnzeugnisse veranstaltet und die Interessenten auf diese preiswerten deutschen Erzeugnisse und deren günstige Verwendbarkeit aufmerksam macht.

Zusammenschluß der Württ. Hausfrauenvereine.

Am 11. Oktober fand in Stuttgart eine Zusammenkunft von Delegierten der Hausfrauenvereine aus Eßlingen, Geislingen, Göppingen, Reutlingen, Tübingen, Tuttlingen und Stuttgart statt. Die Versammlung wurde begrüßt von Frau Schneider, der Stuttgarter Vorsitzenden. Hierauf nahm Frau Binder in einem Vortrag Stellung zur Frage der Berufsorganisation und Vertretung der Hausfrauen im Wirtschaftsparlament. Sie führte aus, daß die Hausfrau nicht nur als Konsumentin, sondern auch als Produzentin gewertet werden muß, besonders jetzt, da viele Arbeit, die vor kurzem noch die Industrie geleistet hat, wieder dem Haushalt zufällt. Einerseits müßten die Hausfrauen verantwortliche Glieder des Volksganzes werden, andererseits soll ihnen durch die Organisation nicht nur Hebung der Ausbildungsmöglichkeiten, sondern auch direkte Hilfe geboten werden. Dieser Gedanke wurde in der Diskussion mit besonderem Eifer aufgegriffen und als nächste Aufgabe erkannte man den Ausbau der Organisation von Hausfrauen. Frau Müller-Paper wies darauf hin, daß wir uns mit Lösung dieser und anderer Fragen im Winter eingehend beschäftigen werden, daß es aber nötig ist, jetzt zum Zusammenschluß zu kommen, um die Voraussetzungen für eine erprobte Tätigkeit zu schaffen. Sie hob noch hervor, daß es deshalb nicht mehr selbstverständlich ist, die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit zu werten, weil gegenwärtig sich leider der Begriff von Berufs- und Erwerbstätigkeit zu decken scheint. Frau Waig (Tübingen) befürwortete den Zusammenschluß zu einem Verband württ. Hausfrauenvereine, Berufsorganisation, der dann auch erfolgte. Frau Blumenthal berichtete über eine Zusammenkunft von Vertreterinnen der süddeutschen Hausfrauenvereine in Heidelberg; besonders bemerkt wurde dort der Tätigkeitsbericht einer der Vertreterinnen der Hausfrauen im Reichswirtschaftsrat, von dessen 326 Mitglieder 5 Frauen, davon 2 Hausfrauen sind. Drei Resolutionen, die in Heidelberg gefaßt wurden, beziehen sich auf Verbesserung unserer Lebensmittellage durch geeignete Maßnahmen. Es erfolgen noch die üblichen Wahlen.

Raubüberfälle.

(SGB.) Murrhardt, 21. Okt. Am Montag abend, als die Familie des Bauern Weller im Gutmachhof b. Steinberg beim Nachessen saß, drangen vier maskierte Männer, die einen fremdsprachigen Dialekt sprachen, in die Wohnung ein, forderten Weller zur Herausgabe seines Geldes auf und als er dies verweigerte, seßelten sie ihn, nachdem sie ihm Schuhe und Strümpfe ausgezogen hatten, an Händen und Füßen und verstopften ihm den Mund mit einem Tuch. Alsdann iperten sie die Frau, Kinder und den 15jährigen Knecht des Weller unter Drohungen in eine Kammer ein und durchsuchten das ganze Haus. Den Räubern fielen 3000 M. in die Hände; darunter die Sparpfennige der Kinder und der Lohn des Knechts. Nachdem sich die Banditen fast 3 Stunden lang im Hause aufgehalten hatten und durch vorgegebene Milch, Weißbrot und Schnaps gestärkt hatten, verschwanden sie unter der Drohung, es solle ja in den nächsten zwei Stunden niemand sich aus dem Hause entfernen, in der Dunkelheit. Neben dem Geld ließen die Räuber auch Lebensmittel mitlaufen. — Am gleichen Abend, gegen 1/2 12 Uhr, wurde auf der Straße Murrhardt-Karlsruhe, in der Nähe der Schleifmühle, der Bauer Karl Welz von Hinterbüchelberg auf dem Heimwege von zwei unbekannten Burschen schwer verletzt und seines Geldbetrags von mehreren Hundert Mark beraubt. Blutüberströmt kam Welz wieder nach Murrhardt zurück.

.. Mötlingen, 22. Oktober. Gestern morgen halb 6 Uhr brannten die beiden Holzschuppen des Schreinermeisters Ernst Wohlgenuth und der Kathrine Weiß Ww. nieder. Der Schaden beläuft sich auf etwa 5200 M. Es wird Brandstiftung vermutet; ein geistlich nicht normaler junger Mann, der um dieselbe Zeit flüchtig gegangen ist, wird der Tat verdächtigt.

(SGB.) Heilbronn, 20. Okt. Den Bemühungen der Stadtverwaltung um Belassung des 3. Bataillons des Reichswehregiments Nr. 113 in Heilbronn ist der Erfolg versagt geblieben. Vom Reichswehrministerium ist dem Stadtschultheißenamt folgende Antwort auf die städtischen Ersuchen zugegangen: „Der Reichswehrminister hat nach nochmaliger Prüfung der Verhältnisse die Verlegung des Bataillons von Heilbronn nach Meiningen angeordnet und Meiningen als endgültigen Standort bestimmt. Ausschlaggebend hierfür waren rein militärische Gründe.“ Auch eine persönliche Besprechung des Stadtvorstandes mit dem Chef der Heeresleitung, General v. Seeck, in Stuttgart vermochte eine Aenderung des Standpunkts des Reichswehrministeriums nicht mehr herbeizuführen.

Vom Landtag.

Fortsetzung der Generalfreikdebatte.

(SGB.) Stuttgart, 20. Okt. Präsident Walter eröffnete die 13. Sitzung um 9 1/2 Uhr bei zunächst schwach besetztem Hause. Eingelaufen ist eine Anfrage Henne-Hiller-Fischer über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und eine solche von Bazille über Staatsbeihilfen an in ihrer Existenz Bedrohte.

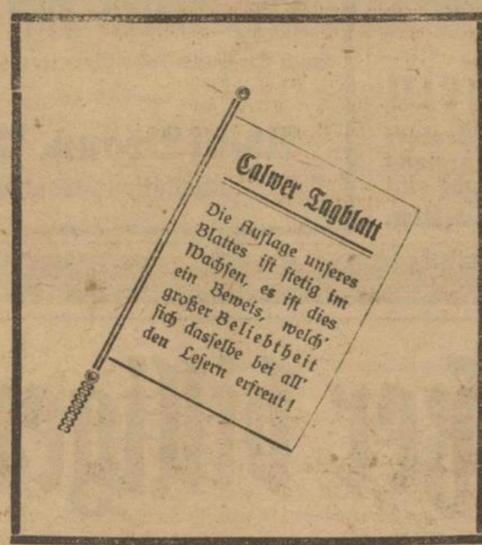
Das Haus fährt fort in der Besprechung der großen Anfragen betr. die Maßnahmen der Regierung anlässlich der Schließung und Wiedereröffnung mehrerer Großbetriebe in Stuttgart, sowie die wachsende Arbeitslosigkeit.

Arbeitsminister Dr. Schall geht zunächst auf die Forderung des mehrheitssozialistischen Sprechers Leopard ein, den Steuerabzug durch Lohnerhöhung auszugleichen. Mit dieser Forderung wird verlangt, die Steuerlast auf andere abzuwälzen. Das bedeutet gleichzeitig den Grundsatz, daß der Arbeiter keine Steuern zu tragen habe. Die Drohungen der Arbeiterschaft dürfen nicht so leicht genommen werden. Im einzelnen weist der Minister nach, wie namentlich bei Daimler für die Betriebsleiter Gefahr für Leib und Leben bestand. Deshalb haben die Unternehmer erklärt, daß sie nicht mit Einsetzung des Lebens den Steuerbüttel für den Staat machen. Auch die Bemängelung, die Gewerkschaften nicht zugezogen zu haben, fällt weg; denn es lag für diese ohne weiteres eine Verpflichtung vor, die Situation zu klären. Die Abstimmung über die Erklärung des Streiks hat dann gezeigt, wie sehr die radikalen Elemente

Frauenvereine.
eine Zusammenkunft
is Eßlingen, Geis-
Tutlingen und
begrißt von Frau
vierauf nahm Frau
Frage der Berufs-
im Wirtschafts-
Frau nicht nur als
n gewertet werden
or kurzem noch die
alt zufällt. Einer-
Glieder des Volks-
die Organisation
eiten, sondern auch
nke wurde in der
en und als nächste
nisation von Haus-
a, daß wir uns mit
nter eingehend be-
kt zum Zusammen-
eine ersprießliche
aj es deshalb nicht
arbeit als Berufs-
er Begriff von
eint. Frau Waig
hluß zu einem
rganisation, der
te über eine Zu-
ischen Hausfrauen-
wurde dort der
er Hausfrauen im
r 5 Frauen, davon
in Heidelberg ge-
g unserer Lebens-
erfolge noch die
tag abend, als die
b. Steinberg beim
änner, die einen
nahrung ein, forder-
f und als er dies
ihm Schüße und
o Füßen und ver-
ch. Alsdann iperr-
Knecht des Weller
durchsuchten das
in die Hände, da-
Lohn des Knechts,
ng im Hause auf-
g, Weißbrot und
ater der Drohung,
mand sich aus dem
dem Geld lassen
— Am gleichen
raße Murrhardt—
der Bauer Karl
ge von zwei unde-
Geldbetrags von
ürmt kam Wetz
orgen halb 6 Uhr
des Schreinermei-
Weiß Bw. nieder.
Es wird Brand-
aler junger Mann,
wird der Tat ver-
hungen der Stadt-
des Reichsweh-
der Erfolg verjagt
dem Stadtskult-
er Ersuchen zuge-
nochmaliger Prü-
tailons von Hei-
einigen als end-
nd hierfür waren
nliche Besprechung
eileitung, General-
erung des Stand-
hr herbeizuführen.

die Gesamtheit der Arbeiterschaft terrorisieren. Alle Ausstellungen des mehrheitssozialistischen Redners machen den Eindruck, daß sie spät am Schreibtisch konstruiert wurden. Warum werden die guten Ratschläge der Sozialdemokratie erst heute nach zwei Monaten vorgetragen? Bei den weiteren Darlegungen des Ministers über die Vorgänge bei Daimler fällt vom Unabhäng. Reber der Zurs: Unternehmerhaustnecht! Präsident Walter erteilt einen Ordnungsruf. Abg. Ziegler (U.S.P.): Der Zwischenruf ist drastisch, aber nicht unzutreffend. Der Präsident ruft auch diesen Rufer zur Ordnung. Bei den weiteren Darlegungen über die Verhandlungen wegen der Betriebsaufnahme bei Daimler, erklärt Dr. Schall, daß von den 5000 zur Entlassung gekommenen Arbeitern nur 2200 Erwerbslosenunterstützung beziehen. Die Erweiterung des Daimlerbetriebs strebt die Regierung mit aller Macht an. Zur Frage der Arbeitslosigkeit übergehend, betont der Minister, daß beim Preisabbau deshalb wieder eine Stodung eingetreten sei, weil die Baluta gesunken ist. Die Erwerbslosenstatistik zeigt im Januar 1920: 9255 männliche und 3675 weibliche Unterstützte, im Mai 6159 und 2130, im September 12271 und 2456. Infolge der wirtschaftlichen Krise ist ein erhebliches Anwachsen der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen, wenn auch in allerletzter Zeit ein Rückgang eingetreten ist. Die staatlichen Maßnahmen beziehen sich auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit und auf Reibung von Unterstützung. Die württembergische Regierung hat Arbeitsgelegenheit in weitem Maße geschaffen. Die Bau- und Bergdirektion will 30 Mill. (Vorjahr 9 Mill.) M aufwenden für verschiedene Arbeiten, Meliorationsarbeiten sind in großem Umfang vorgesehen. Der Redaktionskanal wurde an zwei Stellen bei Horkheim begonnen; an weiteren Baustellen bei Marbach, Münsler und Obertürkheim soll nächstem die Arbeit aufgenommen werden. Vom Reich müssen aber neue Mittel bewilligt werden. Der Betrag von 10 Mill. M ist völlig unzureichend. Nebenbahnbauten sind vom Reichsverkehrsminister abgelehnt worden. Der Bahnhofbau Stuttgart wird nicht als Notstandsarbeit geführt. Die Bahnarbeiten bei Cannstatt, Obertürkheim und Eßlingen werden fortgesetzt. Dazu kommen die Arbeiten der Amtskörperschaften und Gemeinden. Arbeit wäre genug vorhanden, hinderlich ist nur der Mangel an finanziellen Mitteln. Durch die Notlage ist auch in der Befestigung der Arbeitslosigkeit durch Schaffung von Arbeit eine Grenze gezogen. Wir haben damit zu rechnen, daß im Winter größere Zahlen von Erwerbslosen vorhanden sind. Vom November bis März sollen die Höchstätze für Erwerbslosensfürsorge erhöht werden. Das Verhalten der Feinde bestimmt, ob und in welchem Umfang Deutschland aus der Wirtschaftskrise herauskommen kann. Für uns kommt es darauf an, wie und was für Arbeit geleistet wird. (Beifall in der Mitte.)
Nun tritt man in die eigentliche Besprechung der Anfrage der Soziald. Partei ein.
Abg. Veipart (Soz.) polemisiert in längeren Ausführungen gegen Minister Graf, der gestern gewittert habe wie Dallwitz im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Regierung habe die Angaben in der Denkschrift nicht nachgeprüft. (Den Vorsitz übernimmt für kurze Zeit Vizpräsident Keil.) Weiter wendet er sich dann gegen die Ausführungen seines Amtsnachfolgers im Arbeitsministerium Dr. Schall, um nachzuweisen, daß durch Lohn erhöhungen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften eine friedliche Verständigung mit der Arbeiterschaft erzielt worden wäre.
Abg. Widder (B.P.): Der Marxismus hat alles bezwungen. Der große Haufen der Straße setzte sich durch. Die Regierung, aus ihm geboren, gab in allem nach. Im Schlepplau der Sozialdemokratie wandten sich Demokratie und Zentrum von alten Gepflogenheiten ab. (Zurufe.) Bei weiteren theoretischen Ausführungen über Marxismus und Demokratie, wald lesteret sich auch die D.V. unterordne, (Abg. Bides: Unwahr!), kommt es zu mancherlei Zwischenrufen von links, wie: Gut vorgelesen u. a. Mit der Sozialdemokratie ist die heutige württ. Regierung jetzt noch halb und halb Schmollis aus vergangenen Zeiten (Zuruf Graf: Unverschämtheit). Es ist interessant, daß der Minister des Innern mit der Sozialdemokratie über die Orgel verhandelte, aber die Rechtspartei ausschloß, obwohl ein Vertreter bei ihm war. Die Rechte erlebt immer wieder daselbe, die Regierung versteht, uns auf die Seite zu schieben. Diese alte Taktik muß einer Revision unterzogen werden. Für das Verhalten der Regierung ist diesmal Anerkennung auszusprechen, weil sie gezeigt hat, daß sie Ordnung halten kann durch die Bürgerlichen Parteien mit Hilfe der ordnungsliebenden Arbeiterschaft. Diese Anerkennung kann ausgesprochen werden, weil die Wahlen nach rechts gegangen sind. Den Beamten gebührt Dank, mit Ausnahme derer, die ihre Pflicht nicht erfüllen. Auch der Verkehrs- und Polizeiwahl, besonders aber der Technischen Nothilfe. Welch abgrundtiefer Unterschied zwischen diesen Männern und den Streitenden! Die Regierung ist bis an die Grenze ihrer Nachgiebigkeit gegangen. (Zuruf links: Sie würden es anders machen!) Sehr richtig! Das Spiel zwischen Minister Graf, dem Liebling der Sozialdemokratie (große Heiterkeit), und der Sozialdemokratie war sehr interessant, die Haltung der Sozialdemokratie während des Streiks alles, nur nicht eindeutig, sondern schwankend. Der Ruin des Unternehmertums bedeutet den Ruin der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie sollte erkennen, daß man mit dem Marxismus und den Sozialisierungs-ideen nicht vorwärts kommt. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit Wohlwollen die in unbedingter Not Geratenen unterstützt und daß sie auf die Rechte künftig mehr Rücksicht nimmt.
Abg. B o d (Z.): Die Rede Widder kann ich nicht für einen Ausbund politischer Weisheit halten (Sehr richtig bei Mitte und links). Heute, wo wir allen Anlaß hätten, uns zu freuen, daß die Gefahr abgewandt wurde, mußte ausgesprochen die Bürgerpartei diese Rede, die einer Brandfackel gleicht, be-

nützen, um Zwietracht zu stiften. Wenn Sie Abg. Widder an der Spitze des Staates gestanden wären, so hätten wir längst den Bolschewismus. In der Geschichte wird es einst feststehen, daß die beiden Parteien der Mitte es verstanden haben, Deutschland zu retten. Die Haltung der Regierung und ihre Maßnahmen bei dem Streik billigen wir rückhaltslos. Wir sprechen der Regierung Dank aus, besonders auch dem Minister des Innern, der hier Gegenstand von Angriffen war. Dank auch den Wehrern. Die Aktion der Regierung war ein reinigendes Gewitter. Das Ziel für die Verfänger war, russische Korruption, russisches Elend und russisches Tod im deutschen Vaterland einzuführen. Der ganze Generalfreist war inszeniert worden um russischer Ziele willen. Dabei ist kein Streit moralwidriger gewesen wie dieser. An die Unternehmer richten wir die Aufforderung, daß sie mehr soziales Verständnis und Opferfinn zeigen, daß sie ihre Betriebe aufrecht erhalten, wenn sie auch keinen Gewinn haben. Das Handeln der Regierung war eine gewaltige Tat, die einen großen Fonds von Staatsautorität geschaffen hat. An uns ist es, mitzuhelfen, daß sich dieser Fonds vermehre. (Beifall in der Mitte.)
Abg. B i d e s (D.B.): Wir danken der Staatsregierung für ihre mannhafte Haltung und erweitern den Dank auf alle, die sich in den Dienst der Regierung stellten (Zuruf links: Die ersticken ja unter lauter Dank!). Für die Regierung war es selbstverständliche Pflicht, gegen die Versuche, die Diktatur des Proletariats einzuführen, einzuschreiten. Die Regierung ist in ihrer Geduld bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Ein Zerrbild war es, das gestern von der Betriebsleitung bei Daimler (Kommerzienrat Berge) durch den Redner der Unabhängigen gezeichnet wurde. Wie es wirklich ausgefallen hat, das zeigt die Denkschrift. Wir hoffen, daß die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit aus den Vorgängen etwas lernt, denn ihre Haltung war nicht einwandfrei. Nur wenn die Regierung auch in Zukunft sicher steht, können wir vorwärts kommen. Hinter ihr muß die Einheitsfront aller am Aufbau Beteiligten stehen. Der einzige Gedanke muß sein, einen Ausgleich und eine Versöhnung der Gegensätze herbeizuführen. Ich bedaure, daß die Einheitsfront gestört wurde durch die Bürgerpartei. (Abg. Widder: Unterstellung: Das ist eine Wahlrede!)
In einer langen persönlichen Bemerkung macht Abg. Keil (Soz.) Mitteilungen über die Unterredung von 2 Mitgliedern (Keil und Pflüger) der Sozialdemokratischen Partei mit der Regierung vor dem Streik. Die Darstellung des Ministers Graf entsprach nicht den Tatsachen. Keil gibt eine Erklärung ab, daß weder über die Verhandlungen mit den Arbeitern noch über die Absichten der Regierung ihnen Mitteilungen zugehen.
Minister Graf bestätigt im allgemeinen die Richtigkeit der Darstellungen Keils und zeigt, daß es nicht im Widerspruch mit seinen Ausführungen stehe, daß die Regierung Fühlung genommen habe.
Schluß 1/1 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. Fortsetzung der Aussprache.



Das Landessteuergesetz.

Dem Landtag ist nun auch der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz zugegangen. In diesem wird die finanzielle Auseinandersetzung des Staates mit seinen Gemeinden geregelt auf Grund der vom Reich aufgestellten Grundsätze. Im einzelnen sind die Aufgaben dieses Ausführungsgesetzes: 1. Ausbau der Ertragssteuer und Verhütung ihrer Überpannung; 2. Verteilung des Aufkommens an Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer; 3. Ausnutzung der sonstigen Steuerquellen; 4. Verbesserung der Amtskörperschaftumlage; 5. Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeinden; 6. Anpassung der Erhebung und Verwaltung der Landessteuern an die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung. Der Gesetzentwurf ist von der württ. Regierung mit Vertretern des württ. Städtetags und der württ. Städtetage nicht beteiligten Gemeinden eingehend durchberaten worden. Mit der Lösung, die der Entwurf vorlägt, haben sich dabei trotz der auseinandergehenden Interessen die anwesenden Vertreter im wesentlichen einverstanden. Sie wünschen jedoch eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer auf Kosten des Staatsanteils. Im ersten Abschnitt des Gesetzes wird der Anteil an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer verteilt. Der Staat erhält den Mindestbetrag (Staatsanteil) für die Rechnungsjahre 1920/21 und 1922, der dem örtlichen tatsächlich eingegangenen Aufkommen an staatlichen Einkommen-, Vermögen- und Kapitalsteuer im Rechnungsjahr 1919 zuzüglich einer Steigerung von 25 Prozent entspricht. Dieser Staatsanteil beträgt 1/3 dem Haushaltsplan 300 Millionen M. Jede Gemeinde erhält bis 1. April 1921 zu gewähltem Anteil an Gemein-

züglich einer Steigerung von 25 Prozent. Uebersteigen in einer Gemeinde 2 Drittel des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer den Mindestbetrag und beträgt die Gemeindeumlage mehr als 8 Prozent, so wird der Gemeindeanteil erhöht und in Prozenten des örtlichen Landesanteils festgelegt. Der Prozentsatz beträgt das Fünffache des über 8 Prozent hinausgehenden Gemeindeumlagesatzes, darf aber höchstens 17 Prozent steigen. Bei einer Gemeindeumlage von 17 Prozent hielte z. B. eine Gemeinde 45 Prozent des örtlichen Landesanteils. Außerdem soll ein Ausgleichsstock geschaffen werden, aus dem notleidende Gemeinden wie dem Staat weitere Zuschüsse zufließen können. Diese Zuschüsse werden durch einen siebenköpfigen Steuerverteilungsausschuss verteilt, bei dem die Vertreter der Gemeinden mit 4 Stimmen ausschlaggebend sind. Man rechnet damit, daß schon im laufenden Jahr in den Ausgleichsstock Mittel fließen aus Gemeinden, die nicht mehr als 8 Prozent Umlage erheben. Gemeinden mit einer anderen Umlage als 8 Proz. können folgende Steuern erheben: 1. Eine Zusatzsteuer vom einkommensteuerfreien Mindesteinkommen; 2. einen Zuschlag zur Grunderwerbsteuer im Höchstbetrag von 1,8 Proz. des steuerpflichtigen Wertes; 3. eine Verbrauchsabgabe von Bier; 4. eine Hundeabgabe mindestens im Betrag von 40 M für einen Hund. Das Gebäudekataster erhält einen Zuschlag von 15 Proz., das Grund- und Gebäudekataster einen solchen von 100 Prozent, das Gewerbesteuerkataster einen solchen von 10 und 20 Prozent. Den Gemeinden werden zur Entlastung ihrer Gemeindeumlage weitere Einnahmequellen erschlossen: Die Vermögenssteuer wird ihnen rückwirkend auf 1. Juli 1920 auch für den staatlichen Anteil überlassen, die Grundsteuer mit bis zu 5 M von 1000 M Wert des Grundstücks, die Warenhaussteuer. Auch die Amtskörperschaftumlage wird neu geregelt. Als Grundlage dieser Umlage dient ein Betrag der Hälfte der Betrag des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, zur anderen Hälfte das örtliche Aufkommen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. Für 1920 wird der Bedarf der Amtskörperschaften nach den bisherigen Vorschriften umgelegt. Als Nebensteuern bleiben bestehen: Wohnsteuer, Fremdenwohnsteuer, Zuwachssteuer und Zuschlag zur Wanderwerbesteuer.

Antrag über den Sitz d. Reichsverwaltungsgerichts.
Der Abg. Bazille (B.P.) hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das in Aussicht genommene Reichsverwaltungsgericht seinen Sitz in Stuttgart erhält.

Streiflichter aus dem württ. Staatshaushalt.

(S.O.) Stuttgart, 21. Okt. Dem württ. Landtag liegt nunmehr der württ. Staatshaushalt in allen Einzelheiten vor. Die Gesamtausgaben sind von 226,5 Mill. auf 318,1 Millionen M gestiegen, also bedeutend mehr als das Doppelte. Das wird erklärlich, wenn man die riesigen Steigerungen der Einzelteile der Ministerien betrachtet. Erfordert doch die Personalstellen beim Kultusministerium einen Mehraufwand von rund 75 Millionen M. Der Aufwand für Pensionen beansprucht ebenfalls ein Mehr an Ausgaben von rund 12,5 Mill. M. Auffallend ist, daß die Verwaltung der Finanzen, trotz des Uebergangs eines großen Teils der Finanzverwaltung ans Reich für 23,3 Mill. M Mehrausgaben verlangt. An Einzelheiten sei noch genannt, daß die Ablösung der Zionsliste 3,3 Mill. M erfordert, d. i. 2,1 Mill. M mehr. Die Rente des Herzogs Wilhelm beträgt aber nach wie vor 200 000 Mark. Die Verwaltung des früheren Kronguts erfordert nach Abzug der Einnahmen von 730 000 M noch 1,9 Mill. M (i. B. nur 1/2 Mill. M.). Der Aufwand für Pensionen an frühere Beamte ist von 550 000 M auf 1,3 Mill. M gestiegen. Aus den Zinsen, die Württemberg aus dem Reich für Uebertragung der staatlichen Eisenbahnen und Post zufließen, soll ein staatlicher Gebäude- und Grundstockfonds gebildet werden. Für 1920 sind einmal 10 Mill. M zur ersten Grundstockbildung vorgesehen. Aus den Einnahmen des neuen Staatshaushalts, die ja betänlich immer noch um 5,3 Mill. M hinter den Ausgaben zurückbleiben, sind als beste Quelle die Zinsen zu nennen, die einen Reinertrag von 85 Mill. abwerfen oder gegenüber dem Vorjahr sich verdoppeln. Die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer ist bedeutend erhöht worden, so daß aus dem Gebäudekataster allein 27 Mill. M Ertrag heraustritt. Der Beitrag der Gemeinden zu den Lehrerbildungen beläuft sich auf 21,7 Mill. M, während der Staat rund 133 Mill. M zu viel aufwendet. Die Preisenabteilung beim Staatsministerium erscheint mit einem Gesamtaufwand von 115 000 M (bisher 22 000 M.). Sehr teuer ist auch die württ. Vertretung beim Reich in Berlin geworden. Sie erfordert 514 000 M gegen bisher 164 000 M. Neu ist, daß durch das Finanzgesetz auch die Ruhegehälter der ordentlichen Professoren der Universität Tübingen, der Techn. Hochschule Stuttgart und der Landw. Hochschule in Hohenheim geregelt werde. Sie erhalten zu ihrem Ruhegehalt eine Zulage in Höhe eines Viertels des Grundgehalts als Entschädigung für ihren Bezug an Unterhaltsgeldern. Der Aufwand für den Landtag beträgt 1,4 Mill. M, i. J. 1919 nur 428 320 M. Das Anschwellen der Personalkosten tritt übrigens nicht nur beim Ministerium des Kirchen- und Schulwesens, sondern auch bei der Justizverwaltung hervor, bei der die persönlichen Ausgaben von 5,6 Mill. auf 16,2 Mill. gestiegen sind.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Gottesdienste.
21. Sonntag nach Trinit., 24. Oktober. Vom Turm: 386. Predigt: 377, O Jesu, Jesu, Gottessohn. 9 1/2 Uhr: Vormittag Predigt, Dekan Zeller. 2 Uhr: Bezirksfest des Evangelischen Volksbundes unter Mitwirkung des Evangelischen Kirchengesangvereins, Hauptredner: Pfarrer Dr. Ströle aus Stuttgart. Das Opfer ist für den Volksbund bestimmt. Donnerstag, 28. Oktober 8 Uhr abends: Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmidt. (Sonntag, 31. Oktober Abendmahl.)
Katholischer Gottesdienst.
Sonntag, den 24. Oktober. 8 Uhr Frühmesse. 10 Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Gottesdienst in Liebenzell.
Gottesdienste in der Methodistengemeinde.
Sonntag, den 24. Oktober. Vormittags 10 Uhr Predigt, Reichle. Vormittags 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 8 Uhr: Predigt, Soos. Mittwoch 8 1/2 Uhr: Bibelstunde, Flöher. — Stammheim. Vormittags 10 Uhr: Erntedankfest, Flöher. Nachmittags 2 Uhr: Gesangsgottesdienst. Mittwoch, 8 Uhr: Bibelstunde, Reichle.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hölzl'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Die moderne Zahnkultur empfiehlt ständigen Gebrauch von Zahnwohl

Für soliden Beamten wird auf 1. Dezember ein schönes bezügtes, möbl. Zimmer gesucht. Angebote unt. S. 5. 247 an die Geschäftsst. d. Bl.

Zu verkaufen ca. 20 Zentner Angersfen. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Erhaltenen Ueberzieher für jüngeren Herrn zu verkaufen. Schneidmstr. Scheglinger

Sehr gut erhaltenen Militär-Mantel (Einheitsmantel) preiswert zu verkaufen. Zwinger 298 II.

Suften, Atemnot.

Verfälschung. Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreie. Zollauffseher Osburg, Mühlberg, a. Elbe C 81. Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen, Weingeschwüren gerne umsonst Auskünst. Rückmarke erwünscht.

Suche auf 1. November ein Mädchen das die Haushaltung selbstständig besorgen kann. Frau Oberamtsärztin Pfeiffer.

1 Bienen-Volk (Gerüstung) hat zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gute Legehühner sucht zu kaufen Heinrich Hengstenberg, Hirsau, (Villa Heligen).

Wir suchen für kunstfertige Kapitalisten verkäuf. Häuser jeder Art und erbitten Angebote von Selbsteigentümern Grundstücks-Offerten-Berlag, Frankfurt a. Main, Schillerhof.

Preiswert zu verkaufen: 1 Bügel-Ofen auch als Zimmerofen verwendbar, 1 Kessel, 1 Kessel für größeren Raum geeignet. Die Ofen sind wenig gebraucht. Näheres bei der Geschäftsstelle dies. Blattes.

Eine Holzstange zum Aufhängen von Feldschützen ist zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Bei Anzeigen die uns durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann keine Gewähr für richtige Wiedergabe übernommen werden. Verlag des Calwer Tagblattes.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge. Buttermarke 1 kann eingelöst werden.

Spar- u. Consumverein Calw u. Umgegend e. G. m. b. H.

Zu der am Sonntag, den 31. Oktober 1920, nachmittags 2 Uhr im „Badischen Hof“ (Großer Saal) hier stattfindenden

Generalversammlung

laden wir unsere Mitglieder mit ihren Frauen zu recht zahlreichem Besuche freundlichst ein.

- Tagesordnung:
1. Bekanntgabe des Revisionsberichtes.
 2. Bericht des Vorstandes.
 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
 4. Beschlussfassung über die Verteilung der Ertrübrigung.
 5. Statutenänderung: Erhöhung der Geschäftsanteile und des Eintrittsgeldes.
 6. Verlegung des Geschäftsjahresbeginnes auf 1. Juli.
 7. Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes.

NB. Mit der Generalversammlung ist ein Vortrag des Herrn Verbandsrevisor Gläser aus Stuttgart verbunden. Der Jahresabschluss liegt in den Verkaufsstellen auf.

Der Aufsichtsrat: J. Schradin, Vorsitzender.

Althengstett, den 21. Oktober 1920.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der langen Krankheit und beim Heimgang unseres lieben Gatten und Vaters

Jakob Blaich

sagen innigen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bestellungen auf

Speise-Kartoffeln

zum Preise von Mk. 31.— per Zentner ab Bahnhof, wollen umgehend gemacht werden, da dieselben nächste Woche eintreffen. Otto Jung.

Evang. Volksbund

Am Sonntag, den 24. Oktober ds. Js. findet von Nachmittag 2 Uhr ab in der hiesigen Stadtkirche ein

Bezirks-Fest

unter Mitwirkung des Calwer Kirchengesangsvereins statt.

Hauptredner: Herr Dr. Ströle aus Stuttgart.

Zu recht zahlreichem Besuch wird herzlich eingeladen. Die Vertrauensleute werden gebeten, in ihren Bezirken persönlich einzuladen.

Nach Schluss der Feier findet

gesellige Vereinigung im Weißchen Saale statt.

Der Bezirksvorstand: Hölzer.

Beinberg.

Der Reichsbund, Ortsgruppe Beinberg hält am Sonntag im Gasthaus zum „Nögle“ eine



Tanz-Unterhaltung

statt, wozu Freunde und Gönner der Sache freundlichst eingeladen werden.

Mehrere Kameraden.

1 Waggon

Zuckermelasse

vorzügliches Pferdefutter ist eingetroffen und empfiehlt U. Luz, Telefon Nr. 6.

Zur Ausführung

elektr. Licht- und Kraftanlagen, Klingelanlagen, Reparaturen aller Art,

auch für Städtische Arbeiten zugelassen empfiehlt sich

Adolf Braun, Biergasse, Nr. 128, Installations-Geschäft.

Oberreichenbach.

Am Sonntag, den 24. Okt. d. J., nachmittags 3 Uhr, findet die

Einweihung

unseres

Krieger-Denkmal

statt. Freunde und Gönner unserer Sache sind hiezu höflichst eingeladen.

Der Gemeinderat.

Vorstand: Schulth. Keppler.

Freie Maurer- und Steinhauer-Innung für den Oberamtsbezirk Calw.

Am Sonntag, den 24. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr findet im „Badischen Hof“ eine

Innungs-Versammlung betr. Stellungnahme zu dem Wahlvorschlag der Mitglieder

der Handwerkskammer Reutlingen statt. Die Mitglieder werden um vollzähliges Erscheinen dringend gebeten. Der Innungsoberrichter: Alber.

Buchene Holzkohlen

in Säcken sind wieder eingetroffen und werden billigt abgegeben. Wiederverkäufer und Handwerker erhalten Sonderpreise.

Emil Ketter, Weilberstadt.

Jeder Gewerbetreibende

wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkulare, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.

Großer billiger Verkauf in Anzügen und Mänteln.

Herren-Anzüge, ganz vorzügliche Qualitäten in verschiedenen Mustern zu 500.— Mk.
Herren-Mäntel, darunter Flauchstoffe mit angewebtem Futter zu 650.— 600.— 200.— Mk.
550.— 485.— 360.— 280.— 250.— und
Burschen-Anzüge in farbig u. dunkelblau zu 360.— 300.— 250.— 195.— u. 150.— Mk.

Arbeiter-Zwirn-Hosen zu 48 Mk. sehr dauerhaft.

Fabrikniederlage: Heinrich Krakmüller, Pforzheim, Leopoldstraße 70, 1. Treppe.